

Die Wahlrechtsdebatte im preussischen Abgeordnetenhaus.

(Belegdruck der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 18. Januar.

Zum erstenmal seit Kriegsbeginn ist grundsätzlich mit dem bisherigen Uebereinkommen gebrochen worden, große innerpolitische Fragen aus den Beratungen der deutschen Parlamente auszuschalten. Das preussische Abgeordnetenhaus hat eine große Statedebatte veranstaltet, um die durch die Thronrede wieder aktuell gewordene Frage des Wahlrechts zu erörtern. Dies geschah bezeichnenderweise auf den Wunsch der beiden extremsten Parteien des Hauses, nämlich der Konservativen und der Sozialdemokraten. Die Motive dieser beiden Fraktionen waren natürlich verschieden. Auf der rechten Seite wünschte man augenscheinlich die Gelegenheit wahrzunehmen, um zu dem Passus der Thronrede über das Wahlrecht die eigene Stellung zu präzisieren, die mit der Auffassung der Regierung keineswegs identisch ist. Dagegen bewies die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses durch die Ausführungen ihres Redners, daß sie die Haltung ihrer Parteifreunde im Reichstag zu korrigieren gedachte, von denen sie sich wesentlich unterscheidet.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion ist seit jeher radikaler als die Reichstagsfraktion. Seit die letztere durch die im Kriege aufgetauchten Prinzipienfragen in zwei Teile gespalten ist, von denen der reformistische der bei weitem größere ist, hat sich bisher die Hälfte der zehn Sozialdemokraten des Abgeordnetenhauses ebenfalls zur gemäßigten Richtung bekannt und eine extreme Stellungnahme der Fraktion verhindert. Die heutige Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Hirsch ließ nun eine Verschiebung in der bisherigen Gruppierung deutlich erkennen. Sowohl diese Rede wie auch die Zwischenrufstaktik der Sozialdemokraten während der Sitzung bewiesen, daß der radikale Flügel der Fraktion gegenwärtig das Uebergewicht besitzt.

Die Wahlrechtsdebatte selbst zeigte das Vorhandensein der alten Gegensätze in dieser seit so vielen Jahren ungeklärten Frage. Der Führer der Konservativen, Herr v. Seydebrand hat sich zweifellos mit fast allen Parteien nicht in Uebereinstimmung befunden, als er die paradoxe Behauptung aufstellte, das geltende Dreiklassenwahlrecht entspreche in idealer Weise den tatsächlichen Bedürfnissen. Das ist eine Behauptung, die sich auch

gegen die Auffassung der Regierung richtet, wie sie nachher vom Minister des Innern gekennzeichnet wurde. Herr v. Seydebrand hat weiter erklärt, daß es verfehlt wäre, mitten im Kriege an die Wahlrechtsfrage heranzutreten; der unbedingt notwendige Burgfriede würde dadurch zum Nutzen der Feinde gestört werden. Das ist richtig und wurde auch von den meisten Rednern bestätigt. Dort, wo Seydebrand von dem unbedingten Willen zum Durchhalten und zum Siegen sprach, wo er aufforderte, dem langen Kriege, der noch bevorsteht, kühl und entschlossen entgegenzusehen, dort atmeten seine Worte den Geist jenes zähen, aufopferungsvollen Preußentums, das seit jeher siegreich aus aller Not hervorgegangen ist. Auffällig war das scharfe Urteil Seydebrands über Amerika, den Friedensengel mit dem Gebetbuch, ohne dessen Munitionslieferungen der Krieg längst beendet wäre. Der national-liberale Abgeordnete Friedberg glaubte später, diese Bemerkung über einen immerhin neutralen Staat rügen zu müssen.

Die Ausführungen des Sozialdemokraten Hirsch gingen in bezug auf die Wahlrechtsfrage nicht über das hinaus, was man erwarten konnte. Die sozialdemokratische Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht für Preußen, die ja auch von anderen Parteien geteilt wird, ist bekannt und muet unter den heutigen Verhältnissen den unbefangenen Beurteiler als selbstverständlich an. Von den übrigen Parteien unterscheiden sich die Sozialdemokraten hauptsächlich dadurch, daß sie die Einführung der Reform noch während des Krieges wünschen. Auch hier machte Hirsch eine Einschränkung und forderte wenigstens den Teil der Reform für den gegenwärtigen Zeitpunkt, der auf eine sichere Mehrheit rechnen könne, also das geheime und direkte Wahlrecht.

Die völlige Umgestaltung des Wahlrechts wurde auch noch vom Redner der fortschrittlichen Volkspartei Doktor Pachnicke vertreten. Zentrum und Nationalliberale traten, wie schon in früheren ähnlichen Debatten, für eine etwas weniger radikale Reform ein. Alle Redner bewerteten die Verschiebung dieser Frage bis nach dem Kriege, wobei wiederum von fortschrittlicher Seite die Einschränkung gemacht wurde, daß die nächsten Wahlen im Jahre 1918 bereits unter dem neuen Recht vollzogen werden sollten.

Die Ausführungen des Ministers des Innern Voebell machten den Eindruck, daß der Standpunkt der Regierung in der Wahlrechtsfrage, wenn er zurzeit auch nicht offen ausgesprochen werden kann, doch dem der Mittelparteien am nächsten kommen dürfte. Der Minister erklärte ausdrücklich, die Regierung wolle zwischen den äußersten Gegensätzen vermitteln und könne sich deshalb keiner extremen Richtung anschließen. Das bedeutet auch eine Absage an die Konservativen, wenn diese sich nicht selbst eines Besseren besinnen. Die Rede Voebells war ein Kommentar zur Thronrede. Während diese die eigentliche Sache in einer allgemeinen Wendung umschrieb, erklärte der Minister mit deutlichen Worten, daß eine Aenderung des Wahlrechtes zum preussischen Abgeordnetenhaus geplant sei. Sie wird einen Teil der innerpolitischen Reformen bilden, die die Regierung als Resultat des Krieges ins Auge gefaßt hat. Diese Reformen werden sich, nach den weiteren Ausführungen des Ministers, auch auf die Polenpolitik und auf die Behandlung der Sozialdemokratie beziehen. Der Minister erkannte die vaterländische Gesinnung aller dieser Volksteile während des Krieges durchaus an; er hob die Einigkeit des Volkes nach außen hervor und sprach von dem Bemühen, diese Einigkeit über den Frieden hinaus aufrechtzuerhalten. Für die Zeit bis zu den Reformen werden diese so weit wie möglich ersetzt werden, durch eine möglichst entgegenkommende Handhabung der Verwaltungspraxis; die Reformen selbst aber sollen in ruhigen Zeiten vorgenommen werden. Der Minister erwartet für sie die Mitarbeit aller der Millionen, die jetzt im Felde stehen. Nun sind ja allerdings die im Felde stehenden Abgeordneten für die Zeit der Sitzungen beurlaubt. Wenn also die Bemerkung des Ministers einen tieferen Sinn haben soll, dann kann sie nur bedeuten, daß die Regierung die Mitarbeit der gesamten öffentlichen Meinung bei dem Reformwerk erwartet und wünscht, daß das Werk die Kritik der Öffentlichkeit nicht zu scheuen haben wird.